

Energiewende

...im Landkreis Osterholz

2011



Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
Der Strom-Mix in Deutschland im Jahr 2010	5
Die Energiewende, ein kostspieliger Abschied mit ungewissem Ausgang	6
Mehr Wunschdenken als Lösungsansätze in Sicht	7
Die Windenergie	7
Die Sonnenenergie (Photovoltaik)	10
Energieerzeugung aus Biogas	12
Die Energiewende in Lilienthal, Einfluss, Chancen, Risiken & Maßnahmen	13
Was ist auf kommunaler Ebene zu tun	14
Unsere Forderungen – unsere Ziele	14



Impressum

DIE LILIENTHALER Wählergemeinschaft e.V., Truperdeich 4b, 28865 Lilienthal

E-Mail-Adresse: info@die-lilienthaler.de

Das Vereinsregister: AG Walsrode VR 200446

Telefon: 04298/3777

Erstellt im August 2011 – 1. Auflage

Die Energiewende

...wenn Ideologie die Vernunft ausblendet!

Vorwort

Seit jeher schauen die Bewohner dieser Erde auf die Weltmeere mit Ehrfurcht, Freude aber auch großen Ängsten. Die Weltmeere sind für die Menschheit lebenswichtig, an deren Küsten 45 Prozent der Menschheit lebt, wobei sich 75 Prozent der Städte mit mehr als 10 Millionen Einwohnern in diesen Gebieten befinden.

Küstengebiete verändern sich über die Jahrhunderte, mal stieg der Meeresspiegel, mal senkte er sich. Jede Veränderung beeinflusste die Küstenregionen und bedrohte oft die Existenz der Menschen. Noch vor hundert Jahren lebten weniger als zwei Milliarden Menschen auf unserem Planeten, inzwischen sind es nahezu sieben Milliarden. Wir Menschen belasten die Umwelt, auch und gerade durch die Emissionen von Treibhausgasen, die einen hohen Anteil Verantwortung an der Erderwärmung tragen. Diese Umweltveränderungen sind bereits heute Realität, für jedermann sichtbar und könnten schon bald in vielen Regionen für die Menschen existenzbedrohend sein. Nach verschiedenen Szenarien des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC – Zwischenstaatliche Organisation) sind bis zum Jahr 2100 Anstiege des Meeresspiegels bis zu 58 cm und mehr vorhersehbar. Der Meeresspiegel war bisher um 1 bis maximal 2 cm pro Jahrzehnt gestiegen, erhöht sich aktuell jedoch rasant um etwa 3 cm pro Dekade. Das hört sich nicht dramatisch an, ist es aber.

Die Folgen der Erderwärmung gehen weit über die beschriebene Erhöhung der Meeresspiegel hinaus. Erwartete Rekordhitzewellen verändern das Wachstum der Pflanzen dramatisch und verringern die Ernteergebnisse in der Landwirtschaft. Die Ernährung der Weltbevölkerung steht heute bereits vor nahezu unlösbaren Problemen. Artensterben und Waldsterben werden die Welt von heute verändern und dies im Eiltempo.

Und wie immer bei so schwierigen und unerforschten Themen streitet sich die Wissenschaft und jeder Experte verteidigt verbissen seine Forschungsergebnisse. Die Mehrheit der internationalen Wissenschaftler geht davon aus, dass die Erderwärmung verbunden mit den Folgen der Abschmelzung der Gletscher, des steigenden Meeresspiegels, der Veränderungen in der Umwelt zum großen Teil durch den Ausstoß von CO₂ bei der Verbrennung von fossilen Brennstoffen verursacht wird. Die Gegenseite behauptet, dass der CO₂ in keiner Weise verantwortlich für die Erderwärmung ist. Gerade erst wurde in den letzten Tagen berichtet, dass durch die Auswertung aller Satellitendaten der Jahre 2000 bis 2011 durch die NASA ergeben hätten, dass es die behauptete Erderwärmung nicht gibt.

Wir wollen und können uns nicht in diese Streitige Auseinandersetzung einmischen. Dennoch ist die Politik und sind wir Menschen gut beraten, diesen Wissenschaftsstreit nicht untätig auszusitzen, sondern mit Augenmaß nach Lösungen zu suchen, um die Umwelt vor unwiederbringlichen Schäden zu schützen. Nur eine intakte Umwelt ist die Grundlage für das Leben auf diesem Planeten.

Um die enormen Mengen an Treibhausgasen zu reduzieren, hatte die Politik sich zum Ziel gesetzt, u. a. die Kohlekraftwerke am Energiemix von über 40 Prozent auf unter 25 Prozent zu senken.

Die Atomkraft hat an der Energieerzeugung weltweit einen großen Anteil. Da sie keine CO₂-Emissionen in die Atmosphäre pustet, hoffte die Weltgemeinschaft, die Steigerungsraten der Erderwärmung mit dieser Art der Energieerzeugung abzumildern. In Deutschland beträgt der Anteil der Atomkraft an der Energieerzeugung heute 22 Prozent. Man kann nicht bestreiten, dass auch ganz massiver wirtschaftlicher Eigennutz die Atomkraft als Energieerzeuger vorangetrieben hat.

„Atomkraftwerke sofort abschalten“ rufen die Grünen, jetzt auch die SPD und selbst die CDU, ohne jedoch aufzuzeigen, welche Konsequenzen dies für die Umwelt und die Bevölkerung in Europa und in Deutschland hat.

Kernkraftwerke bergen das Risiko eines Störfalles mit verheerenden Folgen. Einen Störfall kann man nicht ausschließen, aber er muss auch nicht zwangsweise eintreten. Sollte es aber dazu kommen, dann sind die verheerenden Folgen unkontrollierbar und verursachen menschliches Leid und Milliarden Schäden.

Die stetig steigende Erderwärmung in immer kürzeren Abständen führt heute schon zu katastrophalen Veränderungen in der Umwelt, verbunden mit dramatischen Folgen für die Menschen! Die Folgen dieser katastrophalen Veränderung sind aber nicht regional begrenzt, sondern treffen den gesamten Erdball und die Menschen weltweit. Hier geht es nicht um die Möglichkeit eines Störfalles. Dieser „Störfall“ der Erderwärmung ist bereits Realität, bedroht heute schon Menschen in Ländern wie Afrika und in ein paar Jahrzehnten auch Europa sowie die gesamte deutsche Bevölkerung.

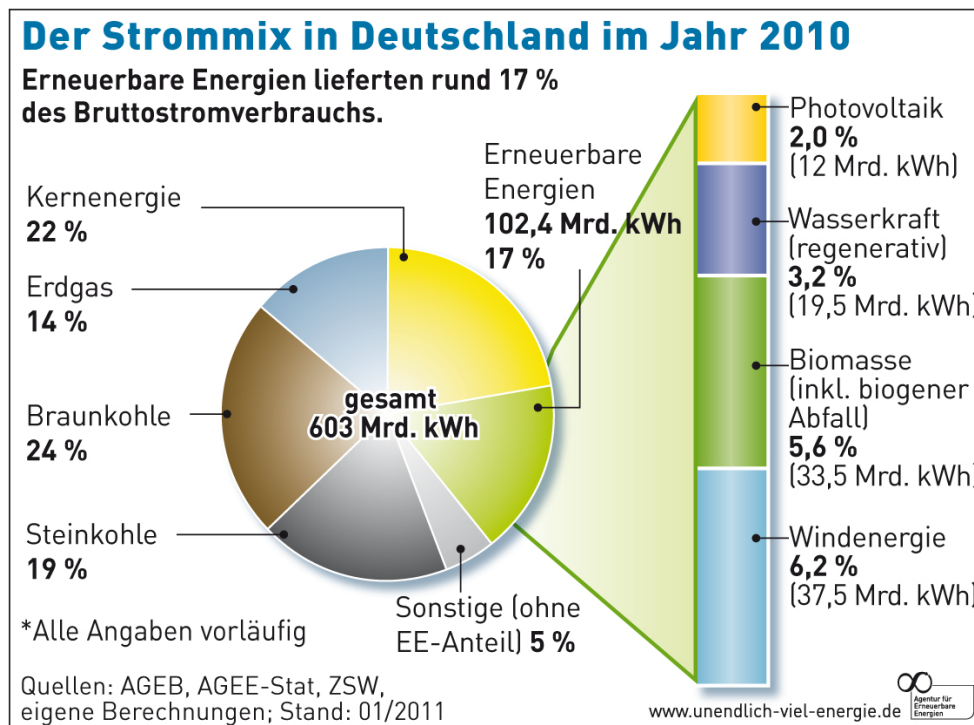
Das Ziel, die Treibhausgase in Deutschland zu senken, um damit einen Beitrag zu leisten, die globale Erderwärmung zu senken, zumindest langsamer ansteigen zu lassen, lässt sich nach dem Ausstieg aus der Atomkraft nur mit erheblichen ökologischen und wirtschaftlichen Einschnitten verwirklichen.

Unerträglich ist, dass die Politik nicht mit Augenmaß auf dramatische Ereignisse wie Fukushima reagiert, sondern aus populistischen Gründen sowie aus purem Eigennutz verbunden mit der Hoffnung, Wählerstimmen hinzugewinnen zu können, alle bis dahin geltenden Überzeugungen über Bord wirft.

Wenn Grüne, SPD und CDU aus diesen populistischen Gründen „Atomkraftwerke abschalten“ rufen, ohne den Menschen zu sagen, welche Folgen dies auf die Umwelt hat, welche finanziellen Belastungen auf Bürger und Unternehmen zukommen, ob und in welchem Zeitraum die Wende überhaupt möglich ist, ist dies an Überheblichkeit und Dreistigkeit kaum noch zu überbieten.

Damit wir nicht missverstanden werden, die Abschaltung der Atomkraftwerke ist richtig. Diese Kehrtwende der Politik kommt viel zu spät. Wir verurteilen die populistischen Gebärden der Politik, die auf Stimmenzuwachs ausgerichtet ist und nicht auf eine sachliche Diskussion. Wir sind gegen eine Politik, die sich weigert, die Bevölkerung auf die Folgen dieser weitreichenden Entscheidung des Ausstiegs aufzuklären.

Der Strom-Mix in Deutschland im Jahr 2010:



Quelle: www.unendlich-viel-energie.de

603 Milliarden Kilowattstunden Strom verbrauchten die Deutschen im Jahr 2010. Die Kohleverbrennung hatte daran einen Anteil von 43 Prozent, die Kernenergie von 22 Prozent. 102 Mrd. Kilowattstunden brachten die Erneuerbaren Energien insgesamt. Damit hatten die Erneuerbaren Energien einen Anteil von 17 Prozent. Die Aufschlüsselung dieser 17 Prozent Energieerzeugung aus Erneuerbarer Energie auf die einzelnen Energieträger zeigt, wie verschwindend gering der Anteil der Stromproduktion aus Windenergie (6,2 Prozent) oder aus Photovoltaik (2,0 Prozent) bzw. aus Biomasse (5,6 Prozent) am gesamten Energiemix ist.

Noch vor Fukushima hatte die Bundesregierung ein Energiekonzept vorgelegt. In diesem Papier wurde der kühne Traum, bis zum Jahr 2050 eine kohlenstoffarme Energieerzeugung zu realisieren, ohne Braunkohle und ohne Steinkohle beschrieben.

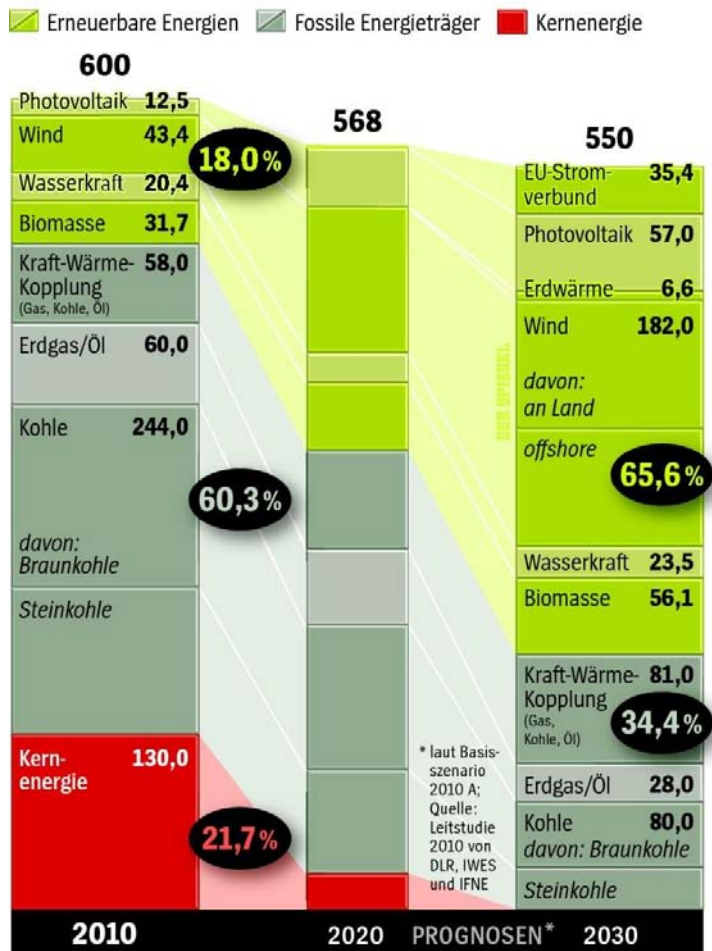
Nach Fukushima wurden diese ohnehin ehrgeizigen Pläne revidiert und die Zeit dieses Ziel zu erreichen, nochmals verkürzt.

In Deutschland überschlugen sich die Parteien im Wettlauf, wer noch schneller, noch konsequenter sich von der Atomkraft verabschiedet, um in kürzester Zeit die Energieerzeugung auf Erneuerbare Energien umzustellen. Wenn die Grünen allein mit dem Ruf „aus der Atomkraft sofort aussteigen“ eine ungeahnte Zustimmung in der Bevölkerung ausgelöst haben, wollen SPD, CDU und FDP dem nicht nachstehen, koste es was es wolle.

Die Energiewende – ein kostspieliger Abschied mit ungewissem Ausgang (Bildquelle: Der Spiegel 14/2011)

Energiewende

Stromerzeugung nach Energieträgern in Deutschland, in Terawattstunden pro Jahr



Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) spricht von Kosten in Höhe von mindestens 55 Milliarden Euro, die für die Realisierung der Energiewende aufgewendet werden müssen. So würden die Stromerzeuger durch den steigenden Investitionsbedarf erheblich belastet, der nur zum Teil auf die Preise abgewälzt werden kann. Für den Staat ergeben sich erhebliche Mindereinnahmen durch niedrigere Gewinne der großen Energieversorger sowie durch geringere Einnahmen aus der Brennelemente-Steuer. Es wird unvermeidbar sein, dass sowohl Verbraucher als auch Unternehmen höhere Strompreise akzeptieren müssen.

Schon rühren sich die ersten Gegner des schnellen Ausstiegs. In Südniedersachsen demonstrierten Bürgerinitiativen gegen oberirdische Höchstspannungsleitungen.

Vor unserer Haustür klagen Seehäuser Bürger über massive Belastungen durch Windräder. 25 Bürgerinitiativen demonstrierten in Brandenburg, auf Sylt oder auch in anderen Bundesländern gegen die furchtbar aussehenden Windräder, deren Schallentwicklung Menschen krank machen. Gegner von oberirdischen Höchstspannungsleitungen sammeln sich und demonstrieren vor dem Niedersächsischen Landtag – „Wir wehren uns gegen die Monstermasten und verlangen eine komplette Erdverkabelung“.

Hannelore Kraft, SPD-Ministerpräsidentin befürchtet, dass beim Tempo der Energiewende der alte Grundsatz „Sorgfalt vor Schnelligkeit“ geht und „wir jetzt Hopplahopp-Entscheidungen treffen, die die Strukturen in unserem Land tiefgreifend verändern“. In einem Interview im Spiegel 22/2011 spricht Frau Kraft über die Risiken des Atomausstiegs sowie über ihr Bekenntnis zur Kohle.

Der Strom in Deutschland muss sicher, sauber und bezahlbar bleiben, sonst wird die Basis unseres Wohlstandes gefährdet, sagt die Industrie und sieht diesen Status gefährdet.

Deutschland hat sich gegenüber der EU zu weitreichenden CO₂-Senkungen verpflichtet. So wollte Deutschland den Ausstoß des klimaschädlichen Kohlendioxids

bis 2020 um 30 Prozent gegenüber dem Basisjahr 1990 senken. Um dieses Klimaschutzziel zu erreichen, bleibt neben Sparmaßnahmen somit nur ein massiver Ausbau der regenerativen Energien.

Mehr Wunschenken als Lösungsansätze in Sicht.

Der Wunsch und die Forderung, die Energieerzeugung auf Erneuerbare Energien umzustellen, sind schnell formuliert und kosten nichts. Aber wie soll das gehen und vor allem in einem Zeitraum von gerade einmal neun Jahren?

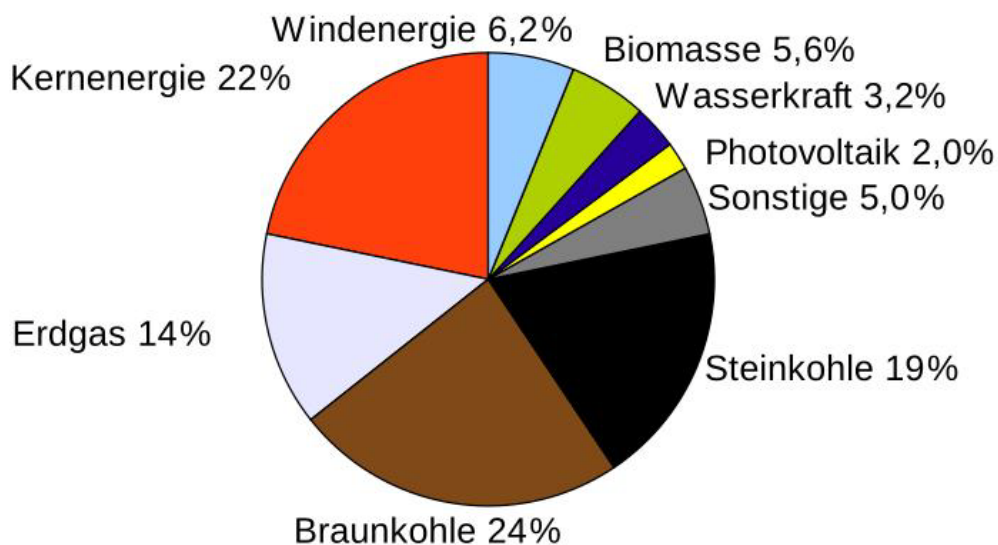
Am Beispiel der Wind- und Solarenergie sowie der Energieerzeugung aus Biogas wollen wir die Probleme aufzeigen.

Die Windenergie.

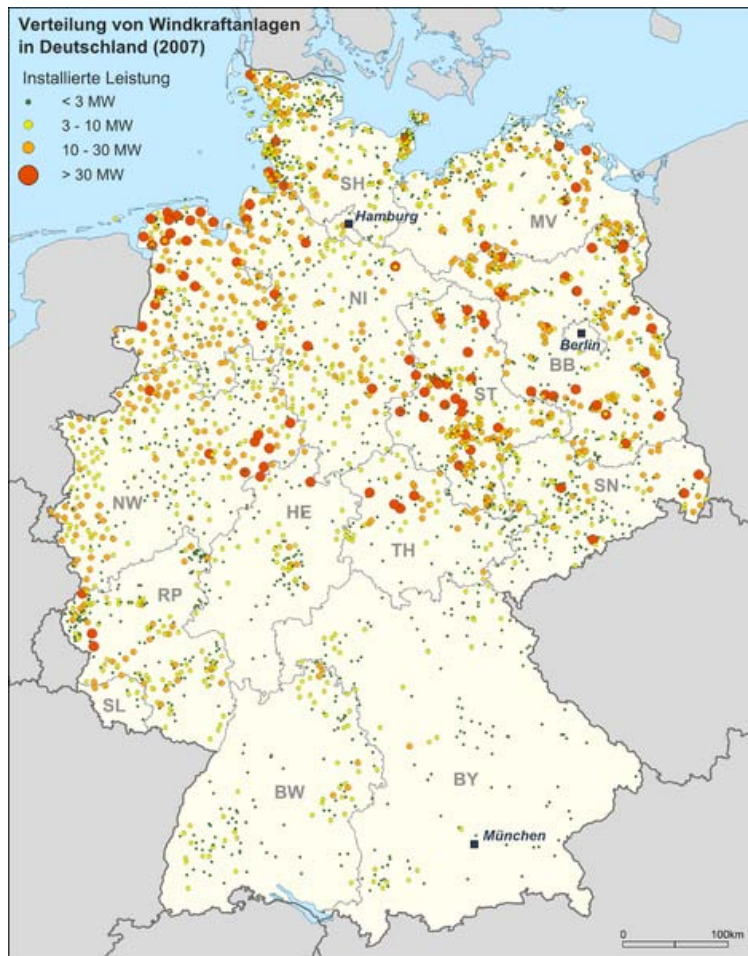
Deutschland hat längst weltweit eine Vorreiterrolle beim Aufstellen von Windkraftanlagen übernommen. Und dennoch beträgt der Anteil der Windenergie lediglich 6,2 Prozent am Bruttostromverbrauch in Deutschland (Jahr 2010).

Strommix in Deutschland

Bruttostromerzeugung nach Energieträgern 2010



Quelle: Wikipedia



In Deutschland gab es (Stand 2009) ca. 21.607 Windkraftanlagen. Diese Windkraftanlagen stehen in der Nordhälfte Deutschlands. Der Süden hat sich mit der Aufstellung von Windkraftanlagen bisher überaus vornehm zurückgehalten. Damit ist der Norden im Vergleich zum Süden durch Windkraft hinsichtlich der Landschaftsbilder, der Lärm- und Schattenbelastungen für die Bevölkerung und die Vogelwelt stark belastet.

Zum Vergleich (Stand 2009): In Niedersachsen standen 5.365 Windkraftanlagen, in Baden-Württemberg, dem „Ländle“ lediglich 368. Auch das Land Brandenburg mit 2.952 oder Schleswig-Holstein mit 2.675 Windkraftanlagen haben im Gegensatz zu Hessen mit 613

oder dem Saarland mit 80 Anlagen einen hohen Leistungsanteil an der Windkraftenergie.

Wollte man nun die Atomkraftwerke durch Windkraftanlagen ersetzen, müssten zusätzlich zu den 21.607 Windkraftanlagen noch ca. 80.000 Anlagen hinzukommen. Würde man diese Forderung auch noch auf die Kohlekraftwerke ausdehnen, käme eine unvorstellbar hohe Anzahl neuer Windkraftanlagen hinzu. Soll der Norden nun auch diese zusätzlichen Anlagen aufnehmen oder wird die Windkraftstromerzeugung zukünftig auch den Süden belasten?

Noch immer und auch in der Zukunft wird die erneuerbare Energieerzeugung durch Windkraft auf milliardenschwere Subventionen angewiesen sein, die über das sogenannte Erneuerbare-Energie-Gesetz (EEG) ausgezahlt werden. Gezahlt werden diese Subventionsbeträge von allen Stromkunden, weil diese Subventionsbeträge als Kostenfaktor in die Strompreise eingerechnet sind.

Über die Problematik der dauerhaften Subventionierung dieser Energieerzeugung hinweg, gibt es bei der Produktion und der Einspeisung der Windenergie in die Netze erhebliche und oft unterschätzte Probleme. Eines davon ist, dass gewaltige Mengen Ökostrom in die Netze eingespeist werden, wenn der Wind kräftig bläst. Nun ist es bis heute technisch nicht möglich, die durch Windenergie erzeugte Energie zu speichern und in windarmen Zeiten wieder ins Netz einzuspeisen. Das hat fatale Folgen. Bei schwacher Stromnachfrage und hohem Windaufkommen, müssten die Energieversorger ihre großen Kohle- und Atomkraftwerke eigentlich vom Netz nehmen, um den durch Windkraft erzeugten Strom einzuspeisen. Das aber ist nicht möglich, weil das An- und Abschalten langwierig und auch teuer ist.

Die Konsequenz: Die Netze werden instabil, die Preise an der Strombörse brechen ein und die Stromerzeuger zahlen in diesen Fällen ihren Kunden, den örtlichen Energieversorgern, sogar Geld, damit diese die überschüssigen Strommengen abnehmen. Wenn das nicht möglich ist, werden die überschüssigen Mengen zu Niedrigstpreisen ins Ausland abgegeben bzw. auch verschenkt.

Das ist unerträglich, wenn man bedenkt, dass diese „verschenkten Strommengen“ der ganz normale Haushaltskunde zahlen muss. Profiteure sind die lokalen Energieproduzenten, die lokalen Energieversorger und gegebenenfalls auch die ausländischen Energieversorger.

Das alles ist möglich, weil Ökostrom in Deutschland eine gesetzlich festgeschriebene Sonderstellung hat. So erhalten Windstromanbieter eine Art Mindestvergütung, die derzeit noch deutlich über den jeweiligen Börsenpreisen liegt.

Trotz der teuren Förderprogramme hat die Bundesregierung es vernachlässigt, die Infrastruktur an die neuen Erfordernisse anzupassen. Nach wie vor fehlen intelligente Stromnetze, die den Strom vom Erzeuger im Norden zu den Kunden im Süden transportiert. Und vor allem fehlen Speichermöglichkeiten. Die EU-Kommission kalkuliert mit Investitionen von über 400 Milliarden Euro. „Zwei Jahrzehnte des Ausbaus unserer Netze liegen vor uns“, so Energiekommissar Günter Oettinger. Um einmal eine Größenordnung zu nennen: Im Moment stehen nach Dena-Rechnung Speicher mit einer Kapazität von rund 6.400 Megawatt zur Verfügung, das weitere Ausbaupotential wird mit 2.500 Megawatt beziffert – nötig aber wäre die zehnfache Größenordnung, rund 25.000 Megawatt, so nachzulesen im Spiegel 38/2010.

Auch geographisch sind die Expansionsmöglichkeiten für Windkraftanlagen begrenzt. Gute Standorte an Land sind kaum noch verfügbar.

Selbst Offshoreflächen stehen nicht unbegrenzt zur Verfügung. Um das sensible Wattenmeer zu schützen, müssen die Anlagen in Deutschland mindestens 30 Kilometer Abstand zur Küste haben. In anderen EU-Ländern ist der Abstand zu den Stränden deutlich kürzer. Dieser weite Abstand zur Küste erzeugt neue Probleme: Der Logistikaufwand, den Strom ins Landesinnere zu transportieren, ist sehr hoch. Technische Probleme durch große Meerestiefen und die Belastung für die Türme durch extreme Windbelastungen auf hoher See verschlingen Unsummen. In der Nordsee sind allein rund 6.000 Kilometer Unterseekabel mit einem extrem hohen Kostenaufwand zu verlegen.

Der im Norden produzierte Strom aus Erneuerbarer Energie muss in die Ballungszentren im Süden transportiert werden. Die Deutsche Energieagentur (Dena) hatte bereits 2005 berechnet, dass bis zum Jahr 2015 850 Kilometer Höchstspannungsstromleitungen verlegt werden müssten, bis zum Jahr 2020 weitere 3.600 Kilometer. Deutlicher Widerstand regt sich schon heute, bevor mit dem Bau von neuen Höchstspannungsleitungen begonnen wurde und die Experten stellen nüchtern fest, dass es kaum „durchgängige konfliktarme Korridore“ gibt.

Man könnte ja die Stromleitungen unterirdisch verlegen, wären da nur nicht die deutlich höheren Kosten für diese Verlegeform – unterirdische Kabel verschlingen etwa sechs Mal so viel wie Freileitungen.

Die Erfahrungen mit Windenergieanlagen zeigen, dass die bisherigen Prognosen zu hoch gegriffen sind. Vor etwa zehn Jahren setzte, getrieben durch die hohen Steuerabschreibungen, ein Boom bei der Erstellung von Windparks ein. Die Erfahrungen dieser zehn Jahre sind hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit ernüchternd. Fast kein Windpark erreichte die prognostizierte Leistung. Die wesentlichen Gründe:

- In den letzten zehn Jahren sind mit zwei Ausnahmen die Jahre als wind-schwach in die Statistik eingegangen; auch 2011 entwickelt sich wind-schwach.
- Sehr hohe Reparaturanfälligkeit. Dadurch sind die für einen wirtschaftlichen Betrieb notwendigen Verfügbarkeiten nicht erreichbar.
- Lange Reparaturzeiten durch ungünstig gelegene Standorte. Dadurch sind Windanlagen mehrere Wochen ausgefallen. Die Problematik wird sich bei Offshore-Anlagen dramatisch verschärfen.

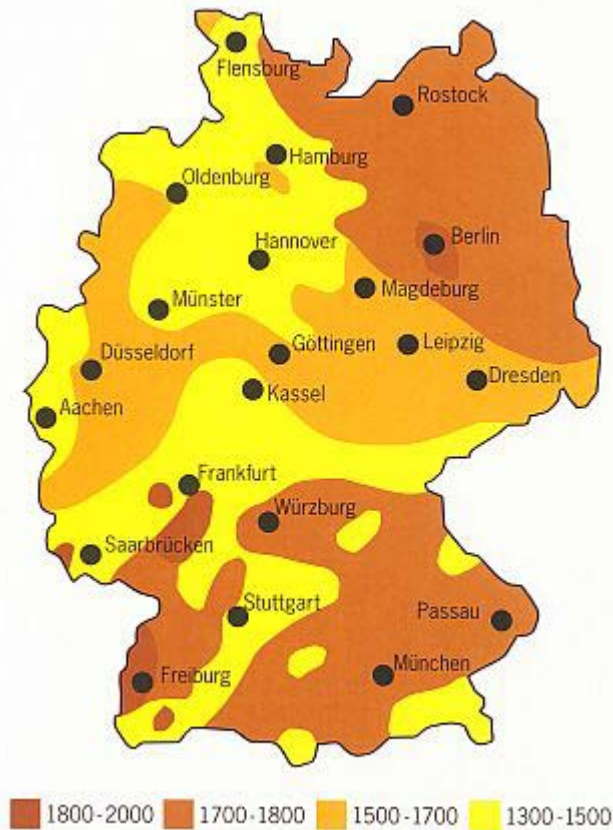
Die Sonnenenergie (Photovoltaik)

Einen noch deutlich geringeren Anteil am Bruttostromverbrauch in Deutschland als die Windkraft, hat die Photovoltaik. Gerade einmal 2,0 Prozent entspricht der Beitrag, den die Solarindustrie an der Energieerzeugung leistet. Dieser bescheidene Beitrag wird damit begründet, dass es in Deutschland vergleichsweise nur wenige Sonnenstunden gibt. Aber ohne Sonne funktioniert diese Energieerzeugung nun einmal nicht.

Was allerdings prächtig funktioniert, ist der Subventionsbeitrag, den die Stromkunden für jede Kilowattstunde verbrauchten Strom an die Solarbetreiber zu zahlen haben. Inzwischen summiert sich die Förderung für die vergangenen zehn Jahre laut RWI hochgerechnet auf 60 bis 80 Milliarden Euro. Ein einträgliches Geschäft für die Solarbetreiber und dies ohne jegliches Risiko. Für jede Kilowattstunde Sonnenstrom bekommen die Betreiber eine feste Vergütung, die deutlich über dem handelsüblichen Strompreis liegt, im Schnitt sind etwa 31 Cent garantiert über 20 Jahre hinweg. Zahlen müssen das die Stromkunden mit der EEG-Umlage. Diese Umlage kostet den Durchschnittsverbraucher ca. 145,00 Euro im Jahr.

Wie der folgenden Grafik zu entnehmen ist, ist Niedersachsen wegen der geringen Anzahl von Sonnenstunden ungeeignet für Photovoltaikanlagen. Sehr nachdrücklich wird dieser Tatbestand von EU-Kommissar Oettinger öffentlich verkündet. Nach Meinung des EU-Kommissars ist Deutschland kein Sonnenland und sollte die Förderung von Photovoltaikanlagen einstellen (vgl. Welt Online v. 27.07.2011: Politik, Oettinger: Energie: Solar in Deutschland wenig ergiebig).

(Bildquelle: www.heizungsbetrieb.de)



Im letzten Jahr haben sich Bund und Länder darauf verständigt, die Subventionen für die Förderung von Sonnenkollektoren deutlich zu senken. Ein schlagkräftiges Bündnis aus Solarindustrie und Solarbetreibern prophezeite daraufhin den Untergang ihrer Industrie und den Verlust von Arbeitsplätzen, wenn die Subventionen gekürzt werden. Dabei hat das Untergangsgeschrei mit der Realität nichts zu tun. Wer eine Solaranlage auf das Dach stellt, fährt selbst in den sonnenärmsten Regionen auch in Zukunft hübsche Gewinne auf Kosten der Stromkunden ein.

Die Bundesregierung hat vor den Lobbyisten der Solarindustrie kapituliert und die geplante Kürzung der Subvention ab Juli 2011 deutlich reduziert. Schlagartig ist das Geschrei der Lobbyisten verstummt,

das Ziel erreicht. Aber immerhin wurde jetzt eine Reduzierung der Einspeisevergütung zur Jahresmitte um bis zu 15 Prozent beschlossen. Mit einer weiteren und bereits sicheren Kürzung um 9 Prozent Anfang 2012 könnte die Vergütung so um bis zu 24 Prozent auf rund 22 Cent pro erzeugter Kilowattstunde Solarstrom sinken. Ein längst fälliger Schritt, aber immer noch zu zaghaft.

Halt! So schnell geben die Lobbyisten doch nicht auf. Die neueste Meldung am 16. Juni 2011: „Kürzung der Solarförderung zum 01. Juli 2011 fällt aus“. Man mag es kaum glauben, als Begründung wird genannt, dass der Zubau von Solaranlagen in den Monaten März bis Mai 2011 ungewöhnlich gering gewesen sei.

Eine Energieerzeugung, die in den letzten zehn Jahren allein über 80 Milliarden Euro an Subventionsgeldern verschlungen hat und in den nächsten Jahrzehnten auch nicht ohne diese Subventionsgelder existieren kann und das für eine Energieerzeugung mit einem Anteil am Gesamtproduktionsmix von gerade einmal 2 Prozent, hat ihre Existenzberechtigung verwirkt.

Diese Milliarden subventionen wären sinnvoller Weise besser in die Entwicklung von Speicherkapazitäten bei der Windenergie geflossen oder in den Ausbau der Netzautobahnen, um den Strom vom Norden überhaupt erst in den Süden transportieren zu können.

Die Bundesregierung wird mittelfristig nicht umhinkommen, sich über den Druck der Lobbyisten hinwegzusetzen und die Entscheidung zu treffen, die Subventionen in diesem Bereich drastisch zu kürzen, um die frei werdenden Mittel (die ohnehin alle Stromkunden zahlen) in attraktivere Energieerzeugungsmodelle zu investieren.

Ein weiteres ungelöstes Problem ergibt sich in Brandfällen. Die Feuerwehr lässt im Falle eines Brandes das Gebäude ohne Löschversuche abbrennen, da sich die Module auf den Dächern nicht spannungslos schalten lassen, selbst dann nicht, wenn die Kabelverbindungen zum Wechselrichter gekappt werden (vgl. Online Handelsblatt v. 18.05.2011: Wenn die Feuerwehr das Haus abbrennen lässt).

Energieerzeugung aus Biogas

Biogas ist ein brennbares Gas, welches durch Vergärung von Biomasse jeglicher Art hergestellt wird. In Biogasanlagen können sowohl Abfälle als auch speziell dafür produzierte Energiepflanzen vergoren werden.

Der Anteil der Energieerzeugung aus Biomasse betrug im Jahr 2010 etwa 5,6 Prozent gemessen an der gesamt erzeugten Energieproduktion. Ca 6.000 Biogasanlagen erbrachten in Deutschland diese Leistung.

Unter den Kriterien der Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit ist Strom aus Biogasanlagen nicht wirtschaftlich herzustellen. Wenn trotzdem Strom aus Biogasanlagen hergestellt wird, dann deswegen, weil das Gesetz die Stromnetzbetreiber verpflichtet, Biogas-Strom aufzunehmen und zu vergüten. Die Netzbetreiber müssen den Strom abkaufen, unabhängig davon, ob sie diese zu dem Zeitpunkt der Erzeugung mengenmäßig überhaupt nutzen können. Aber den Netzbetreiber muss das nicht aus der Fassung bringen. Dieser Strom wird an die Endverbraucher verteilt und der Endverbraucher muss dann letztlich die Kosten des EEG-Stromes bezahlen.

Ein weiteres großes Problem ist, dass Landwirte Mais und Getreide nicht mehr als Futtermittel oder zur Produktion von Lebensmitteln anbauen, sondern jetzt für die Biogasanlagen. Der Grund: Durch Wärme- und Stromproduktion aus nachwachsenden Rohstoffen lässt sich mehr verdienen als mit der Tierzucht oder dem Verkauf von Rohstoffen für die Lebensmittelindustrie. Für jede Kilowattstunde die sie ins öffentliche Stromnetz einspeisen, bekommen die Landwirte aufgrund des Erneuerbaren-Energie-Gesetzes (EEG) je nach Anlagengröße derzeit bis zu 12 Cent, zudem gibt es Fördergelder beim Bau einer neuen Anlage.

Wenn das Ziel der Bundesregierung realisiert wird, die Energieerzeugung durch Biomasse in gigantischem Ausmaß zu erhöhen, dann müssen die Landwirte viele weitere Millionen Hektar Ackerfläche in Energieland umwandeln. Bereits heute werden auf zwei Millionen der insgesamt zwölf Millionen Hektar Ackerfläche in Deutschland Energiepflanzen angebaut. Die Energiegewinnung läuft oft schon im großindustriellen Maßstab.

„Eine viertel Tonne Weizen genügt, um einen Menschen ein Jahr lang zu ernähren – oder einen großen Geländewagen einmal von Potsdam nach Kampen auf Sylt zu bewegen“, schreibt der Spiegel in der Ausgabe 38/2010.

Die Erzeugung von Strom aus Biogas ist nicht nur teuer, es gibt eine Vielzahl von Folgeproblemen. Die Wasserwerke warnen vor Nitrat-Belastungen des Trinkwassers infolge des intensiven Maisanbaus, der nur mit einer hohen Düngung betrieben werden kann. Dem Mais macht die Überdüngung nichts, wohl aber dem Grundwasser.

Inzwischen hat auch die Politik erkannt, dass der weitere Ausbau der Biogasanlagen zu Monokulturstrukturen führt. Monostrukturen führen zu Bodenerosionen durch Intensivlandwirtschaft, zur Vernichtung von Pflanzenarten und Tieren. Darüber hinaus sind die Kosten (Kauf oder Pacht) je Hektar Acker-/Wiesenfläche immens gestiegen, so dass sich der Anbau von Rohstoffen für die Lebensmittelindustrie bzw. die Weidewirtschaft immer weniger lohnt.

Die Preise für Lebensmittel werden weltweit dramatisch steigen, was für Millionen von Menschen eine existenzielle Bedrohung zur Folge hat. Für diese Entwicklung gibt es eine Reihe von Gründen: Missernten, Spekulationen aber auch die erhöhte Produktion von nachwachsenden Rohstoffen für die Erzeugung von Wärme, Strom und Biosprit.

Die Weltbank schätzt, dass allein im letzten Jahr durch Lebensmittelverknappung und –verteuerung viele Millionen Menschen in die Armut getrieben wurden und verlangt, dass die Preise für Grundnahrungsmittel oberste Priorität haben müssen.

Die Energiewende in Lilienthal – Einfluss, Chancen, Risiken und Maßnahmen

Auf lokaler Ebene hat die Politik keine bis geringe Einflussmöglichkeiten auf die Entscheidungsebene des Bundes und der Länder. Und dennoch ist es Pflicht eines jeden Bürgers, sich Gedanken zur Energiepolitik dieses Landes zu machen und sich eine Meinung zu bilden. „Atomkraftwerke sofort abschalten“, wie die Grünen es in Lilienthal forderten, aber nicht erklären, wie das gehen soll und welche Konsequenzen dies hat, ist nichts anderes als populistisches Geschwätz zum Stimmenfang.

Wenn die Fraktion der Grünen im Lilienthaler Gemeinderat einen Antrag einbringt und die Osterholzer Stadtwerke beauftragen will, die öffentlichen Gebäude nur mit „grünem Strom“ zu beliefern, dann ist das nichts anderes als Symbolpolitik. Die Mehrkosten für Lilienthal für diesen „grünen Strom“ bei öffentlichen Gebäuden belaufen sich im Jahr auf etwa 3.500 Euro. Das ist nicht das Problem, obwohl sich die Gemeinde durch ihre bisherige Schuldenpolitik nicht einmal diese Mehrkosten leisten kann. Es handelt sich deshalb um Symbolpolitik, weil die Osterholzer Stadtwerke absolut keinen Einfluss darauf haben, was für eine Stromart nach Lilienthal geliefert wird. Der produzierte Strom, ob durch Atomkraftwerke, Kohlekraftwerke, Windenergie, Solarenergie oder Biomasse, geht ins gleiche Netz. Das liegt daran, dass das Stromnetz als Verbundnetz keine Unterschiede zwischen den Erzeugern und deren Produktionsmethoden macht. Das einzige Argument das man gelten lassen muss, ist der Druck, den Bürger auf die Energieerzeuger ausüben würden, wenn Verbraucher massenhaft auf Ökostrom umstiegen.

Was ist nun auf kommunaler Ebene zu tun.

Die wichtigste und vordringlichste Maßnahme ist die Einsparung von Energie, sowohl in Industrie und Gewerbe, wie auch im privaten Bereich bzw. im Bereich der öffentlichen Gebäude. Das kostet Geld, viel Geld.

Die Gemeinde Lilienthal schiebt nun schon seit Jahren Sanierungsarbeiten an den öffentlichen Gebäuden (Verwaltung, Schulen) vor sich her. Die Gemeinde ist überschuldet und kann ihren ureigensten Leistungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen, weil man die gut fließenden Steuereinnahmen vorzugsweise in unnötige und prestigeträchtige Projekte gesteckt hat, denn in Sanierungsarbeiten.

Bei einem prestigeträchtigen Projekt, wie der Straßenbahn Linie 4, kann man sich als Politiker den Bürgern als Macher und Investor präsentieren und verkünden, „schaut her, was wir für Euch geschaffen haben“. Allein bei diesem Projekt der Straßenbahn Linie 4 fallen ca. 7 bis 10 Millionen Euro Investitionskosten an, jährlich zwischen 1,1 und 1,5 Millionen Euro hohe Beträge als Folgekosten und das 30 Jahre lang! Was soll man bei Sanierungsarbeiten den Bürgern an sanierten Gebäuden zeigen, neue Fenster, ein neues Dach? Damit kann man keine Stimme gewinnen, damit kann man sich weder „ins rechte Licht“ rücken noch bewundern lassen, also lässt man es lieber gleich.

Unsere Forderungen, unsere Ziele:

- Die vordringlichste Aufgabe ist es, die Energieeffizienz zu steigern. Energie, die nicht verbraucht wird, muss erst gar nicht produziert werden. Diese Einsicht setzt einen Lernprozess voraus, der bereits im Schulalter begonnen werden muss. Wir wollen Informations- und Aufklärungsveranstaltungen an Schulen, für Verwaltung, Unternehmen und für Privathaushalte initiieren, um Aufklärungsarbeit zu leisten.
- Trotz Schuldenstand und Haushaltsdefiziten müssen die aufgelaufenen Sanierungsarbeiten - insbesondere an öffentlichen Gebäuden - ohne weitere Zeitverzögerung in Auftrag gegeben werden.
- Gemeinsam mit dem lokalen Energieversorger Konzepte entwickeln, um den Bürgern der Gemeinde bei der Prüfung, ob eine Sanierung der eigenen Immobilie erforderlich ist, beratend zur Seite zu stehen, auch hinsichtlich der Ausschöpfung von Geldmitteln aus staatlichen Förderprogrammen.
- Gemeinsam mit dem lokalen Energieversorger Konzepte entwickeln, um mit den Verbrauchern im Haus oder der Wohnung durch Prüfmaßnahmen die Quellen der stromfressenden Geräte aufzuspüren. Dazu gehört auch, dass die Energieversorger moderne Zähler installieren, damit Kunden ihren Verbrauch regelmäßig überprüfen und auch feststellen können, wie viele Kilowatt wann und durch welches Gerät verbraucht werden.
- Der Ausbau der Windenergie im Rahmen des Regionalen Raumordnungsprogramms (RRÖP) wird unterstützt. Unumgänglich ist, dass Verwaltung und Gemeinderat Entscheidungen nur in Abstimmung mit den betroffenen Bürgern treffen. Keine Entscheidung hinter verschlossenen Türen, so wie es seinerzeit beim Bau der 5 Windkraftträder in Oberende geschehen ist

und schon überhaupt keine Windkraftträder in Gebieten, die der Landkreis selbst als „wenig geeignet“ definiert! (RROP 04/2010, Seite 283)

- Der Ausbau der Solarenergie macht gerade in unserer relativ sonnenarmen Region aus volkswirtschaftlichen, aber und gerade auch aus betriebswirtschaftlichen Gründen wenig Sinn und sollte nicht gefördert werden. Das gilt für öffentliche Gebäude, insbesondere für die Förderung und Unterstützung von Freiflächensolarkraftwerken die darauf abzielen, staatlich garantierte Gewinne ohne eigenes Risiko zu generieren, so wie im Februar 2010 geschehen, als die Bauträgersgesellschaft mbH Grasberg den Antrag auf Aufstellung eines Bebauungsplanes für die Errichtung eines Freiflächensolarkraftwerkes südöstlich der Moorender Straße in Worphausen stellte.
- Förderung und Ausbau von Biogasanlagen, aber nur im Einklang mit der Natur. Durch Vorgaben muss verhindert werden, dass Monokulturen das Landschaftsbild verändern und Böden durch Nitratbelastungen verseucht werden. Neueste Forschungsergebnisse zeigen, dass der Anbau von Wildpflanzen in Zukunft die gleichen Biomasseerträge erzeugen und die Nachteile der monostrukturierten Intensivbewirtschaftung aufheben kann. Biogasanlagen nur dann, wenn dadurch nicht Weideland und Ackerbau zur Erzeugung von Rohstoffen für die Lebensmittelindustrie verloren geht und dies nur dadurch, weil der Staat mit hohen Subventionen Biogasanlagen unterstützt, mit der Folge der Verschiebung von Futter- und Nahrungsmittelrohstoffproduktion hin zur Rohstoffherzeugung für Biogasanlagen.
- Zusammenarbeit unserer Kommune mit anderen Kommunen. Beispielhaft sei hier das Projekt „100% Erneuerbare-Energie-Region“ genannt. Dieses Projekt identifiziert, begleitet und vernetzt Regionen, die ihre Energieversorgung auf lange Sicht vollständig auf Erneuerbare Energien umstellen wollen. Derzeit gibt es bereits über einhundert Landkreise, Gemeinden und Regionalverbände in Deutschland, die dieses Ziel verfolgen. Dieses Projekt wird vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) unterstützt; fachliche Beratung leistet das Umweltbundesamt (UBA).

Quellenangaben:

Regionales Raumordnungsprogramm (RROP), Entwurf 2009, Ausgelegt in der Kreisverwaltung Osterholz vom 03.02.2010 bis 30.04.2010

„Die Wolkenschieber“, Der Spiegel 13/2010, Seiten 140 – 150

„Aufstand der Sonnenkönige“, Der Spiegel 16/2010, Seiten 86 – 88

„Watt aus dem Meer“, Der Spiegel 17/2010, Seiten 46 – 50

„Jünger des Lichts“, Der Spiegel, 20/2010, Seiten 50 – 54

„Öko um jeden Preis“, Der Spiegel 38/2010, Seiten 88 – 97

„Langfristszenarien und Strategien für den Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland bei Berücksichtigung der Entwicklung in Europa und global – Leitstudie 2010“, Fraunhofer IWES, Dezember 2010

„Das war, s!“, Der Spiegel 14/2011, Seiten 62 – 72

„Gegen den Wind“, Der Spiegel, 27/2011, S. 54 – 58

„Programmierte Katastrophe“, Der Spiegel, 29/2011, S. 90 – 91

„Atomausstieg gibt es nicht zum Nulltarif“, Michael Wilke, Cornella Hagenah, Weser Kurier, 19. April 2011, Lokales

„Preise für Lebensmittel steigen stark“, Sebastian Manz, Weser Kurier, 5. Mai 2011, Wirtschaft

„Wasserwerke warnen vor Nitrat-Belastung“, Silke Looden, Weser Kurier, 22.06.2011, Metropolregion

„Kürzung der Solarförderung zum 01. Juni 2011 fällt aus“, <http://www.solar-und-winenergie.de/blog/?p=1800>

„Folgen der globalen Erwärmung“, http://de.wikipedia.org/wiki/Folgen_der_globalen_Erw%C3%A4rmung

„Biogas“, <http://de.wikipedia.org/wiki/Biogas>

„Biomasse oder Kernenergie – was setzt weniger CO2 frei?, Eike Roth, <http://www.energie-fakte.de/html-neu/biomasse-oder-ke-haupt.html>

„Ist die Erzeugung von Strom aus Biogas, das in Biogasanlagen gewonnen wird, heute schon wirtschaftlich?, Eberhard Wagner, <http://www.energie-fakten.de/html.-neu/biomasse-wirtschaft-haupt.html>

„Anteil der Windenergie an der Stromerzeugung“, <http://de.wikipedia.org/wiki/Windenergie>

